

Bericht aus Brüssel 1/2014

04.09.2014



Ulrike Müller – Europa für SIE

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit dem 1. Juli 2014 darf ich als Europaabgeordnete die FREIEN WÄHLER in Brüssel und Straßburg vertreten. Ich habe mich als Mitglied der Europäischen Demokratischen Partei (EDP) der viertstärksten Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten (ALDE) angeschlossen, um mich in der politischen Mitte einzubringen. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge werde ich Ende September mein Mandat im Bayerischen Landtag zurückgeben. Lange Jahre war es mir als Politikerin im Bayerischen Landtag ein besonderes Anliegen, nicht blind den Lobbyisten zu folgen, sondern die Interessen der Bürger vor Ort zu vertreten. Diese Linie werde ich im EU-Parlament fortsetzen. Damit die Politik regionaler, kommunaler und auch menschlicher wird, setze ich mich nun in den nächsten fünf Jahren für Sie dort ein.

Ich werde Sie im Rahmen dieses Informationsbriefs in regelmäßigen Abständen über meine Arbeit und die für uns FREIE WÄHLER wichtigen Entwicklungen in Brüssel informieren. Auch werde ich Sie über meine Kontakte mit Interessenvertretern und mein Abstimmungsverhalten informieren, um mein Wahlversprechen einzulösen, persönlich damit zu beginnen, die Europapolitik transparenter zu machen.



Ihre Ulrike Müller



Machen Sie mit bei FW NEO - Freie Wähler Netzwerk Europa vor Ort!

Als Ihre Europaabgeordnete ist es mir wichtig, mich eng mit Ihnen als unserer Basis zu vernetzen, um die europapolitischen Wünsche, Forderungen und Vorstellungen der Bürger vor Ort direkt in das Europaparlament zu tragen.

Ich komme gerne zu Ihnen, um ihre Belange vor Ort gemeinsam zu diskutieren. Sei es die Verteilung von EU-Fördergeldern oder überbordende bürokratische Regelungen aus Brüssel, die Sie belasten – nur mit einem gemeinsamen starken Netzwerk von den Kommunen über die Länder bis hin nach Europa werden wir politisch etwas bewegen können.

Damit wir FREIEN WÄHLER auch ein starker Anwalt der Kommunen in Europa werden, zögern Sie nicht mit meinem Bürgerbüro Kontakt aufzunehmen, um Teil unseres FREIE-WÄHLER-Netzwerks FW-NEO zu werden!

[Klicken Sie hier, um mit mir Kontakt aufzunehmen!](#)

Meine Rolle im Europaparlament:

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit werden in den kommenden fünf Jahren meine politischen Schwerpunktthemen sein. Im Landwirtschaftsausschuss (AGRI) konnte ich für meine Fraktion die federführende Bearbeitung der EU-Forststrategie sichern. Hier geht es vor allem um die Waldbewirtschaftung und die Auswirkungen der Klimaveränderungen, um Biodiversität, grüne Wirtschaft, aber auch darum, wie Forstwirtschaft Arbeitsplätze sichert und schafft.

Das Ende der Milchquote im kommenden Jahr ist ein Thema, mit dem ich mich beschäftige. Vor

welche Herausforderungen wird der Milchsektor gestellt? Ich freue mich sehr, dass ich dazu für meine Fraktion einen Bericht vorbereiten darf.

Als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit werde ich mich vor allem im Bereich Gentechnik, Klontiere und Emissionsgrenzwerte einbringen.

Stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Kanada

Nachdem das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) Anfang August dieses Jahres fertig verhandelt wurde, ist es mir besonders wichtig, mich auch jetzt noch entsprechend kritisch einzubringen und an der künftigen Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Kanada mitzuwirken. Da CETA als Blaupause für die Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen dient, kommt der Gestaltung der Beziehungen zu unseren nordamerikanischen Partnern in den kommenden Monaten und Jahren eine besondere Bedeutung zu. Außerdem werde ich mich an der Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und den Ländern Südasiens sowie Zentralasiens beteiligen.

Wahl Junckers eine Absage an Brüsseler Hinterzimmer-Mauscheleien

Zum ersten Mal haben die Wähler den EU-Kommissionspräsidenten bestimmt. Mit 422 von 751 Stimmen bestätigte das Europäische Parlament ihren Favoriten im Amt und degradierte dadurch die Staats- und Regierungschefs zu bloßen Zuschauern.

"In Europa gibt es Platz für Träume", sagte Jean-Claude Juncker in seiner Rede vor den Abgeordneten. Ich würde ergänzen: In Europa gibt es Platz für ein Mehr an Demokratie und Bürgerbeteiligung! Die Wahl Junckers war eine wichtige Botschaft des Europäischen Parlaments, der bisher gehandhabten Brüsseler Hinterzimmer-Politik eine Absage zu erteilen: Mit dem Vorschlag Junckers wurde dem mitgliedstaatsübergreifenden Wählerwillen Rechnung getragen und zumindest dies wichtige Personalie nicht mehr hinter verschlossenen Türen ausgemauschelt.

Wie geht es weiter?

Zwei wichtige Ämter, die des EU-Außenbeauftragten und des EU-Ratspräsidenten wurden schon entschieden. Der polnische Regierungschef Donald Tusk wurde vom EU-Rat am vergangenen Samstag, 30. August auf dem EU-Gipfel in Brüssel zum Ratspräsidenten ernannt. Hierbei hat das Europäische Parlament kein Mitspracherecht. Neue EU-Außenbeauftragte wird die italienische Außenministerin Federika Mogherini. Sie wird zugleich Junckers Stellvertreterin und muss noch vom EU-Parlament bestätigt werden.

Nun wird das Europäische Parlament in den kommenden Wochen die von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Kommissare wählen. Im Vorfeld finden in den jeweiligen Ausschüssen Anhörungen der Kandidaten statt. Diese müssen uns Abgeordnete davon überzeugen, dass sie eine geeignete Besetzung sein werden. Für die Landwirtschaft heißt das, unabhängig davon, wer das Amt übernimmt, dass familiengeführte landwirtschaftliche Betriebe im Mittelpunkt der europäischen Agrarpolitik stehen.

Kurznachrichten

Überregulierung bei ÖPNV-Verordnung verhindern

Die derzeit laufende Novellierung der ÖPNV-Verordnung führt zu Überregulierung und einer Einschränkung der kommunalen Gestaltungsfreiheit. Die im Rahmen des sog. „Vierten Eisenbahnpakets“ von der EU-Kommission eingebrachten und noch vom alten EU-Parlament verabschiedeten Änderungen des Regelwerks sehen weder notwendige noch verhältnismäßige Veränderungen des geltenden Regelwerks vor:

1. Es sollen die öffentlichen Stellen dazu verpflichtet werden, in jährlichen Berichten der EU-Kommission die Pünktlichkeit, Verlässlichkeit und Kundenzufriedenheit der angebotenen Verkehrsdienste darzulegen. Die Erstellung aber auch die Auswertung ist nicht nur für die Kommunen, sondern auch selbst für die EU-Kommission mit einem gewaltigen bürokratischen Aufwand verbunden und muss verhindert werden.
2. Das neu eingefügte sog. „Unterkompensationsverbot“ wird es Verkehrsanbietern unmöglich machen, gewinnbringende und defizitäre Strecken miteinander zu verrechnen. Ohne den bislang möglichen steuerlichen Querverbund wird es für die Kommunen schwierig werden, wenig lukrative Strecken zu einem akzeptablen Entgelt anbieten zu können. Daher fordern die FREIEN WÄHLER die Streichung dieser Passage.
3. Durch Einführung multimodaler Pläne wird als Nebenwirkung die Möglichkeit der Direkt-vergabe eingeschränkt. So soll künftig eine öffentliche Begründung der Kommune für die Wahl der Vergabeart erforderlich sein, die darlegen muss, dass diese in Bezug auf Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Qualitätsziele die beste Variante darstellt.

Nachdem erst zum 1. Januar 2013 das Personenbeförderungsgesetz an die EU-Vorgaben angepasst wurde, wäre es ohnehin viel zu früh für eine Novellierung. Die Reform, sollte sie kommen, muss überarbeitet und kommunenfreundlich nachgebessert werden. Nachdem das Europaparlament der Verordnung bereits im Februar zugestimmt hatte, muss sich nun der Ministerrat zu den Vorschlägen der EU-Kommission äußern..

In der letzten Plenarwoche vor der Sommerpause ging es in Straßburg vor allem um außenpolitische Themen. Die Entschließungsanträge mit den Abstimmungsergebnissen können über folgenden Link jederzeit, auch für zukünftige Aktivitäten, detailliert eingesehen werden:

[Mein Profil auf votewatch.eu](#)

ulrike.mueller@europarl.europa.eu
www.mueller-ulrike.de